



Alexander Föhr
Mitglied des Deutschen Bundestags

Bericht aus Berlin Oktober 2023



Liebe Leserinnen und Leser,

auch diese Sitzungswoche war geprägt vom Krieg der Hamas gegen Israel und der Zurschaustellung von Antisemitismus durch Demonstranten auf deutschen Straßen. Daher hat die Unionsfraktion eine „Aktuelle Stunde“ zu diesem Thema beantragt.

Im Bereich Bildung und Forschung stand die schwierige Situation von Studentinnen und Studenten im Vordergrund: Die angekündigte BAföG-Reform hat die Ampel abgeblasen, die Zinsen für Studienkredite steigen und steigen und bezahlbare Wohnungen sind kaum zu finden. Im Plenum haben ich diese Woche zum AfD-Antrag „Genderideologie – Gefahren von Bildung, Wissenschaft und Kultur abwenden“ geredet.

In der Sitzung unserer Landesgruppe hatten wir Besuch aus der Heimat und konnten den Fraktionsvorsitzenden der CDU im Landtag, Manuel Hagel MdL, begrüßen. Dabei ist das schöne Titelfoto entstanden.

Ihnen wünsche ich nun viel Spaß beim Lesen des Newsletters.

Ihr



Aktuelle Stunde zu Israel

„Verherrlichung von Terror in Deutschland unterbinden – Antisemitismus entschieden bekämpfen“.

Auch knapp zwei Wochen nach den furchtbaren Angriffen der Hamas auf Israel lassen mich die schrecklichen Bilder nicht los. Der 7. Oktober 2023 – der erste Tag der Terrorwelle der Hamas gegen Israel – wird als schwarzer Tag in die Geschichtsbücher des jüdischen Volkes eingehen. Seit dem Menschheitsverbrechen der Shoa sind an keinem Tag so viele Jüdinnen und Juden gewaltsam um ihr Leben gebracht worden. Zudem wurden zahlreiche Menschen verschleppt und sind noch in den Händen der Terroristen – unter ihnen auch deutsche Staatsangehörige. In der vergangenen Woche hat der Deutsche Bundestag diese schändlichen Taten einmütig verurteilt und die volle Solidarität mit Israel erklärt.

Derweil wird von Demonstranten auf deutschen Straßen der Tod von Jüdinnen und Juden gefeiert. Diese offene Zurschaustellung von Hass, Hetze und offenem Antisemitismus erschüttert uns. Nach dem Raketeneinschlag in ein Krankenhaus in Gaza mussten wir erleben, wie schnell Israel für Taten verantwortlich gemacht und verurteilt wird. Weltweit sind Menschen auf die Straße gegangen, um gegen Israel zu demonstrieren. Auch hier in Berlin kommt es täglich zu Zusammenrottungen von Palästinensern. Ich möchte nicht falsch verstanden werden – jeder hat in Deutschland das Recht, seine Meinung zu äußern. Das müssen wir bei noch so abwegigen Meinungen aushalten.



Antisemitische Parolen und die Forderung nach einer Auslöschung Israels sind allerdings inakzeptabel. Wie die Demonstranten zu unserem Rechtsstaat stehen, zeigen sie durch die zahlreichen Angriffe auf unsere Polizisten. Hier muss der Staat hart durchgreifen. Ebenso übrigens bei jeder Art von Übergriffen auf jüdische Mitbürger und Einrichtungen.

Mittlerweile hat sich gezeigt, dass es eine fehlgeleitete Rakete aus dem Gazastreifen war, die in der Klinik bzw. auf dem Parkplatz davor einschlug. Es stimmt mich mehr als nachdenklich, wie schnell auch deutsche Medien Berichte der Hamas, also von Terroristen, als Fakten hinnehmen, obwohl sie doch bekannt dafür ist, manipulativ zu berichten.

Auch mich erreichen vermehrt Zuschriften, die Israel sein Verteidigungsrecht absprechen und die Gräueltaten der Hamas vollkommen ausblenden. Ich frage mich, wo all diese Menschen waren, als die Hamas wehrlose Israelis, unter ihnen zahlreiche Babys und Kinder, wahllos und grausam getötet hat.

Mir zeigt dies, dass wir den Kampf gegen Antisemitismus nun noch entschlossener führen müssen. Deshalb haben wir eine „Aktuelle Stunde“ mit dem Titel „Verherrlichung von Terror in Deutschland unterbinden – Antisemitismus entschieden bekämpfen“ beantragt, der sich die Koalitionsfraktionen angeschlossen haben. Unser demokratischer Staat darf nicht dulden, dass auf deutschen Straßen der Tod von Jüdinnen und Juden gefeiert wird. Unser Rechtsstaat muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sicherstellen, dass jede Form antisemitischer Gewaltverherrlichung unterbunden wird.

Meinungsfreiheit endet dort, wo zur Vernichtung Israels aufgerufen, Juden der Tod gewünscht oder der Holocaust geleugnet wird. Wir müssen Straftaten konsequent verfolgen, verbotene Demonstrationen unterbinden sowie jüdische Einrichtung und jüdisches Leben in Deutschland verlässlich schützen. Dazu zählt auch, Vereine und Organisationen, die die Hamas oder andere islamistisch-militante Organisationen unterstützen, zu verbieten und aufzulösen.

Alle Zahlungen an die palästinensischen Gebiete und Organisationen müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Unser Maßstab muss sein: Wer Israel vernichten will oder den Holocaust verharmlost, der darf auch kein deutsches Steuergeld erhalten.

Für mich gilt, dass die Sicherheit und das Existenzrecht des Staates Israel sowie die Sicherheit der Jüdinnen und Juden in Deutschland Teil unserer Staatsräson sind. Und klar ist auch: Legt die Hamas ihre Waffen nieder, gäbe es Frieden. Legt Israel seine Waffen nieder, gäbe es kein Israel.



Forschung zu Gleichstellung Eine Gefahr für Bildung, Wissenschaft und Kultur?

Meschugge, Rabauken, Spagat – Lehnworte aus anderen Sprachen haben die deutsche Sprache seit Jahrhunderten bereichert. Beim Wort „gender“ funktioniert das bisher leider nicht sehr gut. Denn die Unterscheidung zwischen dem biologischen Geschlecht auf der einen und sozialen Rollenbildern auf der anderen Seite scheint nach wie vor viel Verwirrung hervorzurufen. Die AfD hat in der sogenannten „Gender-Debatte“ ihr großes Thema gefunden. Es reicht über „gendern“ bei der deutschen Sprache, einer angeblichen sexuellen Umerziehung unserer Kinder bis hin zur Forderung, geschlechtsspezifische Forschung zu verhindern. Bei letzterem war es übrigens ein Wissenschaftler aus unserer Heimat, Prof. Wolfgang Wick von der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg, der als Gast in Wissenschaftsausschuss des Bundestages der AfD die Notwendigkeit von Genderforschung mehrmals ausführlich dargelegt hat. Auch das konnte den AfD-Antrag „Genderideologie – Gefahren von Bildung, Wissenschaft und Kultur abwenden“ jedoch leider nicht verhindern.

Der Antrag selbst spielt gekonnt mit weit verbreiteten Gefühlen und Stimmungen in unserer Gesellschaft. Haben nicht viele von uns schon einmal gedacht, dass es mit dem „Gendern“ jetzt mal genug ist? Und wird Genderforschung nicht ausschließlich von wütenden Aktivistinnen betrieben? Während die AfD die besonderen Bedingungen des biologischen Geschlechts und die Bedeutung von Rollenzuschreibungen in unserer Gesellschaft verneint, reden die Ampelparteien fast nur noch vom sozialen Geschlecht. Meine Kollegin Dr. Ingeborg Gräßle und ich hatten uns zum Ziel gesetzt, der Polarisierung von Rechtsaußen und von Links die Vernunft entgegenzusetzen. Ob uns das gelungen ist, können Sie gerne selbst bewerten. Unsere Reden hierzu im Plenum des Deutschen Bundestages finden Sie [hier](#).



Studierende entlasten Studienkredite müssen wieder finanzierbar sein

Als Abgeordneter für meine Heimatstadt Heidelberg liegen mir die universitäre Ausbildung unseres Nachwuchses und die Belange von Studierenden natürlich am Herzen. Doch wie finanzieren sich junge Menschen ihre Studienzeit? Viele Studierende haben nicht das Glück, aus einem gut situierten Haushalt zu kommen und sind auf BAföG-Leistungen angewiesen. Doch diese sind nicht immer ausreichend. „Das BAföG als Herzstück der staatlichen Studienfinanzierung ist zu niedrig und erreicht zu wenig Studierende“, beklagt etwa Matthias Anbuhl, Vorsitzender des Deutschen Studierendenwerkes. Und auch die Kredite der öffentlich-rechtlichen Förderbank sind für viele Studierende keine geeignete Alternative mehr. Der neue Effektivzinssatz von 9 Prozent ist doppelt so hoch wie ein Immobilienkredit und droht für Studierende zu einer Schuldenfalle zu werden.

Diese Woche habe ich mit Katrin Staffler MdB, der Berichterstatterin für Hochschulpolitik in der AG Bildung & Forschung der CDU/CSU-Fraktion gesprochen, die zu diesem Thema auch vor kurzem eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt hat. Ein Video des Gespräches finden Sie auch [hier](#), auf meiner Instagram-Seite.

Seit Januar 2022 haben sich die Zinssätze der KfW verdoppelt, so Staffler. Dies führt dazu, dass bereits jetzt schon viele Studierende mit dem Kredit überfordert sind. Auch die leichten Verbesserungen der BAföG-Leistungen und Zusatzleistungen wie die Energiepreispauschale sind keine Hilfe, sie verpuffen im Angesicht der aktuellen Inflationsrate. Daher fordern wir die Bundesbildungsministerin, Bettina Stark-Watzinger, auf, dringend Gespräche mit der KfW-Bank zu führen, um Verbesserungen in diesem Bereich zu erzielen. Die jungen Menschen, die Zukunft unseres Landes, müssen als Priorität ganz oben auf der Liste stehen.



„Cannabislegalisierung stoppen, Gesundheitsschutz verbessern – Prävention und Forschung stärken“

In dieser Sitzungswoche fand die 1. Lesung des von der Ampel vorgelegten Entwurfs eines Cannabis-Legalisierungsgesetzes statt. Konkret soll vor allem privater Eigenanbau, gemeinschaftlicher nichtgewerblicher Eigenanbau und die „kontrollierte“ Weitergabe von Konsumcannabis durch Anbauvereinigungen an Erwachsene zum Eigenkonsum ermöglicht werden.

Der Konsum von Cannabis hat oftmals schwerwiegende gesundheitliche Auswirkungen. Besonders gefährdet sind junge Menschen bis 25 Jahre, da bei ihnen die Entwicklung des Gehirns noch nicht abgeschlossen ist. Studien zeigen, dass intensiv Cannabis-Konsumierende häufiger die Schule abbrechen und ungünstigere Bildungsabschlüsse als Nicht-Konsumierende aufweisen. Die Pläne der Ampel werden zu einer Ausweitung des Cannabiskonsums und somit zu schweren gesundheitlichen Folgen führen – insbesondere für Kinder und Jugendliche. Sogar Bundesgesundheitsminister Lauterbach warnt vor den Gefahren des Konsums. Hinzu kommt: Parallel zu den Legalisierungsplänen will die Ampel im Bereich der Suchtprävention im Bundeshaushalt 2024 vier Millionen Euro kürzen. Das macht die Hilflosigkeit des Gesundheitsministers offenkundig. Auch eine Entlastung der Justiz oder ein Zurückdrängen des Schwarzmarktes wird mit dem Gesetz nicht erreicht werden.

Wir lehnen eine Legalisierung von Cannabis ab und bringen unseren Antrag „Cannabislegalisierung stoppen, Gesundheitsschutz verbessern – Aufklärung, Prävention und Forschung stärken“ in die parlamentarischen Beratungen ein. Statt Legalisierung bedarf es einer verstärkten Prävention und Aufklärung über die Gefahren, die durch den Konsum von Cannabis entstehen können – insbesondere für Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus kommen die von der Ampel geplanten Kürzungen bei der Prävention zum völlig falschen Zeitpunkt. Wir fordern: Prävention statt Legalisierung! Übrigens stehen wir mit unserer Forderung nicht allein da. Auch das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg sieht im aktuellen Gesetzesentwurf mehrere Punkte sehr kritisch. In diesem Zusammenhang hat das DKFZ auch ein Factsheet [„Cannabis und Rauchen – eine schädliche Verbindung“](#) herausgegeben. Ich bin schon gespannt auf den Austausch mit dem DKFZ zu diesem Thema am kommenden Montag.



Kriminelle beschmieren Universität „Letzte Generation“ schadet dem Klimaschutz

Diese Woche ist die selbsternannte „Letzte Generation“ zum Start des neuen Studienseesters an mehreren Universitäten mit ihren strafbewährten und völlig unsinnigen Aktionen aufgefallen. Auch bei uns in Heidelberg beschmierten Kriminelle das Eingangsportale der Neuen Universität mit dem Schriftzug „Dem Lebendigen Geist“, welches allen Heidelbergern wohlbekannt ist. Zurecht hat die Aktion eine Welle der Empörung ausgelöst.

Bei einer nüchternen Betrachtung geht es den selbsternannten Aktivisten seit geraumer Zeit nicht mehr um die globale Erderwärmung und das Durchsetzen klimapolitischer Maßnahmen. Angesichts von Anschlagzielen wie dem Brandenburger Tor, dem Denkmal für unser Grundgesetz, einem Marathon oder jetzt Universitäten, ist die Zielsetzung deutlich zu erkennen. Die Gruppe will in unserer Mediengesellschaft stattfinden, sie will am Tisch sitzen, wenn wir Zeitung lesen, eine Talkshow nach Feierabend schauen oder dabei sein, wenn wir als Pendlerinnen und Pendler versuchen möglichst störungsfrei zur Arbeitsstelle zu gelangen.

Nach meiner Auffassung, liebe Leserinnen und Leser, sollten wir den Kriminellen der „Letzten Generation“ diesen Erfolg nicht zugestehen. Diejenigen, die sich der Nötigung oder der Sachbeschädigung schuldig machen, müssen schnell und hart bestraft werden. Schnelle Aburteilungen sind gefragt, bei erkennbarer Absicht der Wiederholung auch ohne Bewährung. Gleichzeitig rufe ich den Vertreterinnen und Vertretern der Medien zu: Nicht jede Aktion muss eine Schlagzeile sein! Diese Gruppe wird nur begreifen, dass sie auf dem Holzweg ist, wenn sie ihr primäres Ziel – die mediale Präsenz – nicht mehr erreicht.



Thorsten Frei kommt!

Ein besonderer Gast im Wahlkreis

Liebe Leserinnen und Leser, in diesem Newsletter erfahren Sie in der Regel, welche Themen und Termine mich in einer Sitzungswoche des Bundestages und darüber hinaus im politischen Berlin beschäftigen. Dieser Artikel weicht daher ein wenig ab, angesichts eines hochkarätigen Gastes, den ich nächste Woche im Wahlkreis Heidelberg/Weinheim begrüßen darf.

Nächsten Donnerstag, dem 26. Oktober, nimmt sich der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei MdB, die Zeit und steht Ihnen allen für gleich zwei Veranstaltungen zur Verfügung. Merken Sie sich folgende Termine vor:

Donnerstag, der 26. Oktober ab 16 Uhr im Zum Achter (HD-Neuenheim)

Donnerstag, der 26. Oktober ab 18:30 Uhr im Hotel Krone (Hirschberg a.d.B.)

Thorsten Frei, Jurist und ehemaliger Bürgermeister der Stadt Donaueschingen, ist eine starke Stimme der Union im politischen Berlin und darüber hinaus. Bekannt aus vielen verschiedenen Medienformaten, weiß er mit einer klaren und verständlichen Sprache auch komplexeste Sachverhalte der Zuhörerschaft näher zu bringen. Zuletzt wurde sein Vorstoß zu einer Kontingentlösung in der Asylmigration breit diskutiert. Als erfahrener Parlamentarier und 1. Parlamentarischer Geschäftsführer nimmt der in der Fraktion eine Führungsrolle ein und meldet sich regelmäßig, insbesondere zu innenpolitischen Themen, zu Wort.

Liebe Leserinnen und Leser, ich freue mich schon sehr auf die Veranstaltungen mit meinem Fraktionskollegen Thorsten Frei und möchte Sie an dieser Stelle nochmals herzlich einladen vorbeizukommen. Nehmen Sie gern interessierte Freunde oder Familie mit. Wir haben die Veranstaltung in einer solchen Form konzipiert, dass ausreichend Gelegenheit für ihre Fragen und Anliegen sein wird.



Termine im Wahlkreis

Nach einer Doppelsitzungswoche in Berlin freue ich mich jetzt auf zwei Wochen im Wahlkreis, in denen neben der Zeit mit meiner Familie auch wieder viele spannende Termine und Gespräche anstehen.

Montag (23.10.23) besuche ich unter anderem die Gregor-Mendel-Realschule in Heidelberg, habe Gespräche im SRH-Gründer-Institut und dem Deutschen Krebsforschungszentrum. Am Mittwochmorgen (25.10.23) stehe ich von 11:00 Uhr bis 12:00 Uhr vor dem Rathaus in Dossenheim, um Spenden für den Volksbund Kriegsgräberfürsorge zu sammeln. Kommen Sie also gern vorbei.

Über den Besuch von Torsten Frei im Wahlkreis habe ich an anderer Stelle ausführlich hingewiesen.

Am 2. November werde ich wieder ein Praktikum machen, und zwar beim Internationalen Bund (IB), die mit ihrer Einrichtung "Chances" Berufsausbildungen für junge Menschen mit Förderbedarf (Reha-Ausbildung) ermöglichen. Hierzu werde ich dann später berichten.



Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter beziehen möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: alexander.foehr@bundestag.de

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: alexander.foehr.wk@bundestag.de

Telefon: 06221 608080